



Liebe Puchheimerinnen,  
liebe Puchheimer,

Die Fraktion der Freien Wähler im Bayerischen Landtag hat am 21.01.2010 durch den von ihr beauftragten RA Dr. Gerhard Strate bei dem Leiter der Staatsanwaltschaft München I gegen die in den Jahren 2004 bis 2008 tätig gewesenen Mitglieder des Vorstandes und des Verwaltungsrates der Bayerischen Landesbank (Bayern LB) Strafanzeige wegen des Verdachts der Untreue in einem besonders schweren Fall erstattet.

Der Vorwurf betrifft Pflichtverletzungen bei dem Aufbau eines ebenso riesigen wie risikobehafteten Portfolios mit Kreditderivaten, das die konkrete Gefahr eines Verlustes in Höhe von 21 Milliarden Euro in sich birgt.

Für diese Verluste wird in den nächsten Jahren der Freistaat Bayern – und damit der Steuerzahler – eintreten müssen.

Mit freundlichem Gruß

*Manfred Meier*  
1. Vorsitzender

### Freie Wähler zur Ausweitung der Landesbank-Ermittlungen gegen Stoibers ehemaligen Amtschef Rudolf Hanisch

#### **Das Desaster der Bayerischen Landesbank**

**Aiwanger:**

**„ - Das Lügengebäude bricht in sich zusammen – „**

Nach der bekannt gewordene Ausweitung der Ermittlungen im Kriminalfall BayernLB fühlt sich der Vorsitzende der Freien Wähler, Hubert Aiwanger, im Entschluss seiner Fraktion zu einer Strafanzeige gegen die Verantwortlichen in Verwaltungsrat und Vorsitz der Landesbank bestätigt.

Aiwanger sagte: „Wir lagen mit unserer Anzeige richtig, denn mit Rudolf Hanisch wird neben Werner Schmidt eine weitere wichtige Figur aus dem ehemaligen Vorstand der Landesbank krimineller Machenschaften verdächtigt. Besonders prekär ist, dass es sich um einen der engsten Vertrauten des ehemaligen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber handelt.“

1993 bis 1998 sei Hanisch Staatskanzleichef unter Stoiber gewesen und habe gleichzeitig im Verwaltungsrat der BayernLB über die Geschicke der Landesbank mitentschieden. „Ab 1999 saß Hanisch dann im Vorstand und ab 2005 war er sogar Vorstandsvize der BayernLB – also ab dem Zeitpunkt,

ab dem in verantwortungsloser und teilweise krimineller Art und Weise von Island über Amerika bis zum Kauf der Hypo Group Alpe Adria (HGAA) in Kärnten Geld herumgereicht wurde. Und jetzt will uns zum Beispiel das ehemalige BayernLB-Verwaltungsratsmitglied Falthäuser weismachen, Stoiber habe von nichts gewusst. Damit ist die Glaubwürdigkeit von Herrn Falthäuser schwer erschüttert.

Die jüngsten Entwicklungen bestätigen, wie dringend nötig staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gegen sämtliche Mitglieder aus damaligem Verwaltungsrat und Vorstand der Landesbank sind. Ferner ist zu klären, welcher politische Druck damals und heute auf die einzelnen Figuren in diesem Hütchenspiel ausgeübt worden ist oder noch wird. Das Lügengebäude um die dubiosen Vorgänge bei der Landesbank bricht in sich zusammen.

Pressesprecher der  
FW Landtagsfraktion  
Dirk Oberjasper

## Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen - FWP warten auf Planungsverfahren -



Freiflächen - Photovoltaik-Anlagen erleben landauf/landab einen großen Boom. So stehen in besten Ackerlagen Bayerns Anlagen bis zu 170 ha, noch größere sind in Planung. Auch im Landkreis Fürstentfeldbruck gibt es Großanlagen. In Puchheim sind seit ca. einem dreiviertel Jahr für zwei Groß-Freiflächenanlagen Überlegungen im Gange, für die Anlage an der Roggensteiner Straße und im Wasserschutzgebiet an der Eichenauer Straße. Letzterer Standort liegt im regionalen Grünzug und auf Ackerflächen, die nur wegen des Wasserschutzgebietes und der daraus resultierenden Erfordernisse und Förderungen überwiegend begrünt sind. Es gab aber viel medialen Wirbel um die im Wasserschutzgebiet an der Eichenauer Straße gewünschte Anlage einer Investorengesellschaft. Dabei ist mangels gemeindlicher Planung völlig offen, ob der vorgesehene Standort den Zielen der Raumordnung entspricht und eine Baugenehmigung erteilt werden könnte. Die Gemeinden haben sich bei solchen Planungen seit Ende letzten Jahres an Vorgaben des Staatsministeriums des Innern (StMI) zu orientieren. Danach ist insbesondere zu prüfen, ob exponierte Standorte und die Größe der Anlage an eine „Geeignete Siedlungseinheit“ angebunden und dieser untergeordnet sind. Ferner werden in einem Wasserschutzgebiet noch ganz spezielle Anforderungen zu prüfen und zu beachten sein. Eine Freiflächen-Photovoltaik-Anlage ist den o. g. Vorgaben

zufolge eine gewerbliche Einrichtung, die i.d.R. komplett so eingezäunt wird, dass allenfalls noch Kleingetier durchschlüpfen kann. Neben der Flächenverfügbarkeit sind also eine ganze Reihe von Kriterien für größere Freiflächenanlagen zu prüfen und entscheidend. Die FWP fordern bei Weiterverfolgung von Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen daher eine an den im Schreiben des StMI enthaltenen Vorgaben orientierte Bauleitplanung der Gemeinde.

Auf der Planie haben Eigentümer, Gemeinde und die Bürger in einem Bürgerentscheid eine zum Golfplatz im Raum stehende Alternative Freiflächen-Photovoltaik-Anlage durch die Entscheidung pro Golfplatz abgelehnt. Jetzt sollen die Anlagen an anderen Standorten kommen.

Die FWP fragen sich angesichts dieser Entwicklungen und Begehrlichkeiten, ob wir in Puchheim noch Landschaft (dazu gehört z. B. freies Betretungsrecht) und Landwirtschaft wollen und mittelfristig haben werden. Wir entfernen uns bei dieser Konkurrenz schleichend vom Anspruch der regionalen Erzeugung und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte und – vielleicht auch bald vom „Brucker Land“. Die geplanten technischen Einrichtungen pauschal mit grünem Anstrich zu versehen und zu verkaufen wird dem Landschaftsschutz nicht gerecht. Sogar Heimatpfleger und –vereine befassen sich in ihren Diskussionen bereits mit Landschaftsveränderungen durch großflächige Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen.

Angesichts der derzeit unbestritten bestehenden Überförderung der Photovoltaik-Anlagen und der bundesweiten Diskussion zum Landschaftsverbrauch für Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen quer durch die Politik, die Landwirtschaft und die Bevölkerung, plant allerdings der Bund eine Änderung des Er-

neuerbare-Energiengesetzes (EEG). Dabei ist u. a. vorgesehen, Strom aus Anlagen auf Ackerflächen nicht mehr zu vergüten. Der Gesetzgeber begründet dies damit, dass zunehmend Ackerböden der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen werden und – auch durch enorm steigende Pachtpreise – eine verstärkte Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion entsteht. Abgeordnete des Bundestags sprechen sogar vom „Ende der produzierenden Landwirtschaft“. Der Klage, dass die eingeleitete Energiewende empfindlich gestört werde, stehen die Zahlen entgegen; statt der im Leitszenario des Bundesumweltministeriums für 2009 vorgegebenen 1700 Megawatt wurden 3000 Megawatt Leistung aus solarer Strahlungsenergie installiert. Für 2010 wird Ähnliches prognostiziert. Der Gesetzgeber meint, und auch die FWP sehen dies so, Vorrang für solare Nutzung sollen Dach- und Konversionsflächen haben – und nach Meinung der FWP notwendigerweise Speichertechnik und intelligente Netze.

Nach Ansicht der FWP wären Landkreis und Gemeinden, auch Puchheim, gut beraten, wie schon vielfach andernorts, einen „Energieatlas“ oder Energiekonzepte aufzustellen und Ziele zu formulieren. Puchheim sollte angesichts knapper Flächen dabei neben Solarstrom, der stark subventioniert, (noch) nicht speicherbar ist und nur bei Sonnenschein zur Verfügung steht, die Geothermie besonders beachten. Vielleicht gäbe es ja auch da ein Interesse und Modell der Bürgerbeteiligung. Die FWP meinen, in einer dicht besiedelten Gemeinde ist Geothermie (die uns in der Münchner Tiefebene zur Verfügung steht) eine gute Alternative zu Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen.

*Johann Aichner*  
Pressesprecher der FW

## € € € € € € € Kommunale Geldnöte



Die Haushaltsprobleme Puchheims wünschten sich wohl alle anderen Bürgermeister und Gemeinden des Landkreises und darüber hinaus. Da hat die Gemeinde, unbestritten auch durch disziplinierte Haushaltsführung, rund 16 Mio. € auf der hohen Kante (bei rd. 6 Mio. € Schulden) und Bürgermeister und Gemeinderat jammern auf höchstem Niveau bei der Beratung des Haushalts. Die Gemeinde ist bei einem Haushaltsvolumen von 43 Mio. € erfreulicherweise in der Lage, heuer 14 Mio. € (32 %) ohne Schuldenaufnahme zu investieren. Nur zum Vergleich: der Stadt Offenbach bleiben trotz Schließung von Bädern und anderen Einrichtungen gerade noch 2 % des Haushalts zur freien Verfügung.

In Puchheim hat der Gemeinderat schon 2010 vorsorglich die Grundsteuer um 20 Punkte erhöht und für 2011 die Erhöhung der Kindergartengebühren angekündigt. Dabei sollte eine Gemeinde, die nach wie vor steuerstark und gut aufgestellt ist, nach Auffassung der FWP die Bürger, von denen in der momentanen Wirtschaftskrise viele selbst Abstriche oder gar den Verlust des Arbeitsplatzes hinnehmen müssen,

nicht noch mehr verunsichern und belasten. Es ist mehr als paradox, wenn in Berlin Geld in die Taschen der Hoteliers gesteckt wird (ermäßigte Umsatzsteuer!) und die Gemeinden dann dem unbeteiligten Bürger das Geld über höhere Steuern und Abgaben wieder herausholen. Im Übrigen geht von der Grundsteuererhöhung gleich wieder ein erheblicher Anteil über die Kreisumlage an den Landkreis. Noch widersinniger ist eine Erhöhung des Kindergeldes in Berlin und ein Einkassieren des Geldes über höhere Kindergartengebühren durch die Gemeinden. Gerade die in Berlin und in Puchheim an den Entscheidungen beteiligte CSU sollte hier wohl ins Grübeln kommen.

Die FWP und wohl die meisten Bürger Puchheims verzichten in dieser Situation gern auf ein neues Rathaus (geschätzt mind. 10 Mio. €) - zumal das alte gerade aufwändig renoviert wurde - und auf die kosmetische und ohnehin umstrittene Umgestaltung der Lochhauser Straße. Dass Puchheim insbesondere seine Schulen und Kindergärten bestens in Schuss halten kann, begrüßen die FWP sehr. Dass der Neubau eines von den Freien Wählern

seit Jahren geforderten Bildungszentrums (BIZ) für Volkshochschule, Musikschule und Bücherei in Planung bleibt und wohl finanziert werden kann und man sich gleichzeitig von den o.g. Prestigeprojekten vorläufig verabschiedete, war für die Gemeinderäte der FWP mit ausschlaggebend, dass sie den Gesamthaushalt 2010 zustimmten. Die FWP meinen, dass angesichts der Haushaltsdebatte auch für Puchheim der alte Spruch gilt:

### „In jeder Krise steckt eine Chance“.

Dementsprechend sollte in unserer Gemeinde von Wolkenkuckucksheimen, wie Rathaus und Straßenumbauten nach Vorbild „Unter den Linden“ auch endgültig Abschied genommen werden. Dass damit gleichzeitig das Alte Schulhaus am Grünen Markt eine neue Chance erhält, freut die FWP sehr. Solide und für die Bürger notwendige Projekte wird sich Puchheim nach Auffassung der FWP auch in den kommenden Jahren noch leisten können und müssen.

*Johann Aichner*

Pressesprecher der FWP

#### IMPRESSUM:

##### Herausgeber:

FREIE WÄHLER Puchheim e.V., Manfred Meier, Josef-Schauer-Str. 24, 82178 Puchheim,  
www.fw-puchheim.de

Redaktion: Manfred Meier (V.i.S.d.P.)

Satz: Heidi Meier

Druck: Simon Offset München

## Vom Nutzen einer Liegenschaft für eine Gemeinde

Über diese Frage gehen derzeit die Meinungen von Gemeinderäten, sowie Bürgermeister und Verwaltung offenbar auseinander. Es geht um die künftige Nutzung des alten Schulhauses in Puchheim-Ort. Hier möchte der Bürgermeister, nachdem die Zweigstelle der Bücherei aufgelöst wurde, durch Umbaumaßnahmen Wohnungen schaffen. Diese Überlegung ist zunächst zwar legitim und würde, wenn sie umgesetzt wird, irgendwann auch Geld für die Gemeindekasse bringen. Aber ist ein solches Vorhaben notwendig und vor allen Dingen sinnvoll?

Dass ein Bürgermeister und sein Kämmerer gerade in diesen Zeiten Interesse an kontinuierlichen Einnahmen haben

ist verständlich; dagegen ist es fraglich, ob es die primäre Aufgabe einer Gemeinde sein kann, Wohnungen zu bauen und zu vermieten. Dies sollte eigentlich nur der Ausnahmefall sein. Wohnungsbau und Vermietung ist in erster Linie die Sache von privaten Bauherren.

Dagegen sollte der Zusammenhalt, Gemeinschaftssinn und ein gedeihliches Vereinsleben in einem Ort, auch ein Anliegen der politischen Gemeinde sein. Und wenn die Ortler Vereine Vorschläge, Ideen und Wünsche über die Nutzung der Räume vortragen, sollten sie ernst genommen und überlegt werden. Vor allen Dingen dann, wenn sie die Einnahmen der Ortler Wirte

nicht mindern. Denn alle diese Kriterien „nützen“ einer Gemeinde auch. Sie sind zwar nicht in Euro und Cent abzurechnen, aber bringen für „die Gemeinde“ im Wortsinn mehr, als eine fiskalische Habenbuchung im Haushalt.

Deswegen unterstützen die Freien Wähler Puchheim einen Antrag der Kulturreferentin, Frau Ilona Wiebers, die Räumlichkeiten im Einvernehmen mit den Ortler Vereinen sinnvoll zu nutzen und auf einen Wohnungsausbau in diesem Gebäude zu verzichten.

*Wolfgang Bleifuß*  
Gemeinderat

## Kein neues Rathaus für Puchheim

Manchmal haben Krisen auch etwas Gutes an sich:

Seit Jahren wird im Puchheimer Gemeinderat um den Bau eines neuen Rathauses gestritten. Eine Mehrheit von SPD, CSU und Grüne befürwortete den Neubau, um die Mitte Puchheims zu stärken.

Die Freien Wähler lehnen das Projekt seit Jahren ab, da wir die hohen Kosten als nicht vertretbar halten. Bereits in unserem Wahlprogramm zur Gemeinderatswahl im März 2008 sprachen wir uns entschieden gegen einen Rathausneubau aus.

Vielmehr wollen wir den „Bürgertreff“ zu einem Bildungszentrum (BIZ) ausbauen und

dort die Volkshochschule, Musikschule und Bücherei unterbringen.

Auf Grund der Finanzkrise kehrt nun auch Einsicht in die anderen Parteien ein: Das Großprojekt Rathausneubau wird auf unbekannte Zeit verschoben.

Der heutige Bürgertreff der durch alle Parteien hindurch unbestritten als stark renovierungsbedürftig und nicht erhaltungswürdig gilt, wird neu gebaut und die Volkshochschule, Musikschule, Bücherei und die Tafel werden dort Platz finden.

Besonders erfreulich finden wir, dass das nach Meinung der Freien Wähler erhaltenswerte alte Schulhaus bestehen

bleibt und weiter als Jugendzentrum genutzt werden kann.

Es bleibt weiterhin zu überlegen, wie die Mitte Puchheims gestärkt werden kann.

Vor Geschäften und Ärztehäusern Parkplätze zu vernichten, nur um einen optisch ansprechenden Platz zu erhalten, kann sicherlich nicht der richtige Weg sein.

Wir wollen weiterhin mit den Bürgern und Geschäftsleuten im Gespräch bleiben, um eine gemeinsame Lösung zu finden.

*Barbara Ponn*  
2. Vorsitzende und  
Fraktionssprecherin  
im Gemeinderat